

Material für BetreuerInnen der Ausstellung „Zwangsarbeit im Raum Herford“

Inhalt:

1. Grunddaten zur Ausstellung:
2. Einführung (= Erläuterung vor Führungen...)
3. Texte der Banner (= für inhaltliche Erläuterungen)
4. Angaben zur Diaprojektion, Tondokumenten und Inszenierung

1. Grunddaten zur Ausstellung:

Über zehn Millionen Verschleppte und Kriegsgefangene schufteten für die deutsche (Kriegs-)Wirtschaft und in der Landwirtschaft. Alte, Junge, Männer, Frauen, oft 12- bis 15jährige Kinder transportierten die Deutschen aus ihrer Heimat ab, weg von der Strasse, vom Feld, dem Zuhause ins Ungewisse. Tausende starben an Hunger oder Krankheit oder wurden ermordet.

Auch im Kreis Herford waren zwischen 1939 und 1945 tausende Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie Kriegsgefangene verschiedener Nationalitäten zwangsverpflichtet. In überschaubarer räumlicher Nähe dokumentierte sich für jeden sichtbar ein Stück nationalsozialistischer Herrschaft und Rasseideologie.

Für viele war es eine Reise ohne Rückkehr. Der Umgang mit den Fremden war im Kreis Herford, weder in den Betrieben, in der Landwirtschaft noch in der Verwaltung besser oder anders als sonst im Deutschen Reich. Menschenfreundliches, mutiges oder gar christliches Verhalten gab es, war aber absolute Seltenheit.

Einzelschicksale zeigen einen Leidensweg, der von der Verschleppung zur Arbeit, dem Weg in Konzentrations- oder Arbeitserziehungslager bis hin zum Tod oder der Ermordung reichte.

Die Gedenkstätte Zellentrakt ist ein authentischer Ort zu diesem Thema. In das ehemalige Herforder Polizeigefängnis lieferte die Polizei Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, wenn sie Widerstand übten oder flüchteten ein und vernahmten sie. Vor hier ging es für Viele in andere Lager. Einige hinterließen Spuren.

Die Ausstellung bewahrt das Erinnern, präsentiert neue Ergebnisse und Quellen zur örtlichen Zwangsarbeit und ist ein Beitrag zur Aussöhnung mit den Opfern. Vor allem jungen Menschen soll deutlich werden, dass es für die Geschichte des Nationalsozialismus niemals einen Schlussstrich geben darf.

Die Ausstellung ist vom 19. September 2009 bis 17. Juli 2010 in der Gedenkstätte Zellentrakt zu sehen.

Zur Ausstellung erscheint das HF-Magazin mit der erweiterten Ausgabe Nr. 70.

Führungen für Schulklassen und andere Gruppen nach Vereinbarung.

Für Schüler und Lehrer gibt es zum Besuch der Ausstellung ein Arbeitsblatt, das im

Zellentrakt oder über www.zellentrakt.de erhältlich ist.

Begleitprogramm:

8. Oktober 2009, 18 Uhr, MARTa-Forum, Goebenstraße, Herford

“Eine Liebe in Deutschland”

Deutsch-französischer Spielfilm des polnischen Regisseurs Andrzej Warda aus dem Jahre 1983 nach dem gleichnamigen Roman von Rolf Hochhuth.

Eintritt 4 € (inkl. Besuch der aktuellen Ausstellung im MARTa)

14. November 2009, 16 Uhr, Zellentrakt

“Unerwünscht und vergessen”

Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder.

Dokumentarfilm von Anne Roerkohl, WDR/2000

Eintritt frei

12. Dezember 2009, 16 Uhr, Zellentrakt

“Efim, Antonia, Klawdia...”

Einzelschicksale in Lyrik und Prosa.

Lesung mit Helga Kohne und Schülern

Eintritt frei

Ausstellung, päd. Material und Begleitveranstaltungen: Helga Kohne, Christoph Laue, Michael Oldemeier und Schülerinnen und Schülern des Ravensberger Gymnasiums. Gestaltung: Elke Brunegraf und Christoph Laue.

2. Einführung (= Erläuterung vor Führungen...)

Es geht um das Kapitel Zwangsarbeit während des 2. Weltkrieges hier im Raum Herford. Leider wird dieses Thema in den Schulen nur am Rande, oft auch gar nicht behandelt. Wir wollen an Fallbeispielen, Einzelschicksalen, der Arbeit in den Betrieben und der Landwirtschaft aufzeigen, wie die Geschehnisse hier vor Ort verwoben waren mit der Politik des Größenwahns von Adolf Hitler. Und wer die Zusammenhänge im Rückblick versteht, wird die Gefahren von Heute erkennen und verstehen.

Ein knapper historischer Rückblick: Sofort nach der Machtergreifung 1933 begannen Verfolgung und Verhaftung von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Juden, Kommunisten, Sinti, Roma, Zeugen Jehovas usw. In Herford trieben Nazi-Schlägertrupps ihr Unwesen aber schon viele Jahre zuvor. In etwa seit der Gründung der NSDAP 1925. Kulturveranstaltungen, Gewerkschaftsversammlungen usw. wurden von Schlägern aufgesucht und gestört, Besucher oft zusammengeschlagen. Die Polizei gab sich machtlos. Die Nazis in Herford begannen mit einem Häufchen von rund 20 Leuten.

Daran sollte man sich erinnern, wenn heute die Rede ist von rechtsradikalen, kleinen irregeleiteten Gruppen, die allerdings Asylbewerberheime und Ausländerwohnungen anzünden und Fremde auf offener Strasse überfallen, ja sogar töten. Sie sind mehr geworden in den letzten Jahren. Und, dass sie sogar in Parlamente einziehen, sollte all unsere Warnglocken läuten lassen.

Zur Geschichte: 1939 am 1. September wird Polen von Deutschen überfallen. 1,5 Mill. deutsche Soldaten überschreiten die Grenze. Es wird bombardiert und geschossen. Am Ende dieses Krieges stehen 60 Mill. Tote und 6 Mill. ermordete Juden.

Zum Antikriegstag am 1. September schreibt die Neue Westfälische: „...es begann mit Massakern an Zivilisten und der Verwandlung Polens in das Schlachthaus des Holocaust, des Völkermords an den europäischen Juden“. Hitlers Henker ließen sich nach dem Überfall nicht viel Zeit. Schon nach wenigen Tagen befahl Himmler die Ausrottung der polnischen Intelligenz. 90.000 Männer wurden von Spezialeinheiten der SS erschossen. Danach begannen riesige Bevölkerungsverschiebungen, um Platz für Deutsche zu schaffen und um Polen massenhaft für Sklavendienste im deutschen Reich verfügbar zu machen. Zu diesem Zweck zogen Vertreter der Arbeitsverwaltungen beim Einmarsch gleich mit; sie sorgten für die Errichtung von Arbeitsämtern in den besetzten Städten. Alles sollte schnell und reibungslos funktionieren. Über 2. Mill. Polen arbeiten am Schluss für die Deutschen.

Insgesamt schufteten während des Krieges rund 10. Mill. Menschen aus vielen Ländern, zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für die deutsche Rüstungsindustrie und Landwirtschaft. Welche Erlasse und Regeln diese Menschen zu befolgen hatten und wie sie die NS- Politik am eigenen Leib erlebt und durchlitten haben wird in der Ausstellung veranschaulicht.

Wir möchten mit dieser Ausstellung das Erinnern an die Opfer wach halten und hoffen, dass durch das Erkennen von Zusammenhängen eine Brücke zum Alltag und den rechtsradikalen Übergriffen und Verbrechen, geschlagen werden kann.

Junge Menschen von Heute können eines Tages selbst in schwierige Situationen geraten, im Beruf, der Politik, in Vereinen etc., vielleicht sogar über Krieg und Frieden entscheiden zu müssen. Da ist es gut zu wissen wohin Nationalwahn und Fremdenhass führen kann.

Leider gibt es Menschen, die Kinderarbeit oder 1.- Euro Jobs von heute mit der NS-Zwangsarbeit vergleichen. Ja, es ist skandalös was mit Kindern und Arbeitslosen von heute geschieht. Wer sich weigert einen 1.- Euro- Job anzunehmen, der bekommt das Arbeitslosengeld gekürzt.

Eine Polin oder Russin, die sich weigerte nach Deutschland deportieren zu lassen, wurde einfach auf einen LKW verladen und nach Deutschland gebracht oder in ein Konzentrationslager eingewiesen. Oft wurden Geiseln genommen, Gehöfte und Dörfer in Brand gesteckt, nur um die Menschen zur Arbeit für die Deutschen zu zwingen.

3. Texte der Banner (= für inhaltliche Erläuterungen)

Bitte beachten: Auf den endgültigen Bannern sind die Texte teilweise noch anders angeordnet, verändert oder gekürzt!!!

Banner 1: Einführung

10 Millionen Menschen mussten während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland Zwangsarbeit leisten: in der Landwirtschaft, für große Industriekonzerne, in mittelständischen und kommunalen Unternehmen sowie bei der Reichsbahn. Sie kamen aus ganz Europa, aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien, den Balkanländern, vor allem aber aus Polen und der Sowjetunion.

Die Ausstellung konzentriert sich auf das Schicksal der Kriegsgefangenen und der zivilen Arbeitskräfte, die mit Versprechungen, vor allem aber mit Zwang und brutaler Gewalt zur Arbeit im Reich rekrutiert wurden. Die historischen Spuren, die das Schicksal dieser Menschen im Raum Herford hinterlassen hat, werden untersucht. Aufgrund dieser räumlichen Beschränkung wird das Leiden Hunderttausender KZ-Häftlinge, die in Lagern, Ghettos oder privaten Rüstungsunternehmen zur „Vernichtung durch Arbeit“ bestimmt waren, nicht thematisiert.

Bedeutung. Spätestens seit dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ (Angriff auf die Sowjetunion) war die deutsche Wirtschaft alternativlos auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern angewiesen. Die ständig steigende Zahl der Einberufungen führte zu einer dramatischen Verknappung der Arbeitskräfte, die man aus ideologischen Gründen nicht durch eine verstärkte Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte ausgleichen wollte. Ohne das Millionenheer der Zwangsarbeiter hätte deshalb weder der Krieg fortgeführt noch die deutsche Bevölkerung – zumindest bis 1944 – auf einem relativ hohen Niveau ernährt werden können. Die Geschichte der Zwangsarbeit innerhalb der deutschen Kriegswirtschaft ist deshalb kein Randphänomen, sondern bildet einen zentralen Aspekt für das Verständnis der deutschen Kriegsführung insgesamt.

Mitgefühl. Das Verhältnis zwischen der deutschen Bevölkerung und den Zwangsarbeitern ist durch eine Vielzahl von Verhaltensmustern gekennzeichnet. Mitgefühl und Hilfsbereitschaft lassen sich ebenso dokumentieren wie die Überheblichkeit des „Herrenmenschen“ und eine ausgesprochene Denunzierfreudigkeit, sowohl gegen Deutsche wegen des Umgangs mit Ausländern, als auch gegen Ausländer selbst. Vor allem auf menschlicher Ebene sollen regionale Beispiele zu einer historischen Auseinandersetzung anregen.

Radikalität. Das System der Zwangsarbeit enthüllt auch die Praxis der nationalsozialistischen Ideologie mit einer nach rassistischen Kriterien aufgebauten Gesellschaftsordnung. Die Deutschen standen in dieser Ordnung an der Spitze, ganz unten rangierten - neben den Juden – die Angehörigen der slawischen Völker Osteuropas. Diese Hierarchie war im Kriegsalltag deutlich spürbar: von der äußeren Kennzeichnung über Abstufungen bei der Entlohnung und der Zuteilung von Nahrungsmittelrationen bis hin zur willkürlichen Anwendung physischer Gewalt. Bei der notwendigen Betonung dieser ideologischen Rahmenbedingungen muss man sich stets vor Augen halten, dass die Behandlung der Zwangsarbeiter unter dem Einfluss der sich verschlechternden militärischen Lage zumindest teilweise auch von rein ökonomischen Überlegungen diktiert wurde. Die diversen Maßnahmen, so unglaublich sie dem heutigen Betrachter in ihrer Radikalität auch erscheinen mögen, spiegeln also letztlich die Intentionen und Möglichkeiten eines am Ende besiegten Systems. Sie waren nur das Vorspiel zu dem, was noch kommen sollte.

Der Anfang vom Ende

1. September 1939: Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen – Beginn des zweiten Weltkrieges: Vertreter deutscher Arbeitsämter zogen bereits im Tross mit, um möglichst schnell Arbeitskräfte für das Deutsche Reich zu rekrutieren. Der Arbeitskräftemangel entwickelte sich von Anfang an zum Problem Nr.1 in der deutschen Kriegswirtschaft. Schon in den ersten Tagen wurden Hunderte von deutschen Arbeitsämtern eingerichtet.

Das deutsche Besatzungsregime war brutal. Straßenrazzien, Vertreibungen, Verhaftungen, Hinrichtungen, Geiselnahmen und Deportationen waren an der Tagesordnung. Es galt Arbeitszwang im besetzten Polen und im Deutschen Reich. Am 19. September gingen in Polen die ersten Transporte mit 40.000 Arbeitern ab. Ende Dezember 1939 wurden 300.000 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz registriert.

Im Kreis Herford: Am 25. Oktober 1939 konnte man in der Zeitung lesen: "...Die polnische Armee steht in Deutschland ohne Gewehr hinter Stacheldraht...es ist eine buntgewürfelte Schar blutjunger Kerle, 16-Jährige bis hin zu bärtigen Männern".

Die ersten 300 Arbeiter wurden auf Gemeinden des Kreises Herford verteilt.

Banner 3

Herford

„Jeder musste sie gesehen haben“

Nach ihrer meist zwangsweisen Deportation aus den Heimatländern kamen die Zwangsarbeiter zunächst in zentrale Auswahl-Lager im Ruhrgebiet und von dort mit Eisenbahnzügen - oft in Güterwaggons - nach Herford. Hier wurden sie auf die Betriebe in Stadt und Kreis Herford verteilt.

Nachgewiesen sind

1939 ein Transport mit 300 Menschen

1940 neun Transporte mit 610 Menschen

1941 fünf Transporte mit 492 Menschen

1942 neun Transporte mit 543 Menschen

1943 fünfzehn Transporte mit 823 Menschen

1944? Transporte mit 600 Menschen

Ihre Heimatländer waren Belgien, Frankreich, die Niederlande, Italien, Polen und die Sowjetunion. Einzelne kamen auch aus anderen von Deutschen besetzten Ländern.

Fast 100 Betriebe in der Stadt Herford setzten Zwangsarbeiter ein. 1943 bestanden 19 Lager, verteilt auf das gesamten Herforder Stadtgebiet.

Sie waren postalisch nur über Decknamen zu erreichen. Das Lager der Fa. Leineweber bekam den Namen „Genofa“, weitere Lagernamen waren „Liese“ (Möbelfabrik Wolff), „Hansa“, „Ostlager Heide“, „Maschmeyer Ostlage“r (Meyer und Schwabedissen)...

Die bürokratische Erfassung war äußerst penibel. Die überlieferten Transportlisten weisen über 3000 Menschen nach. Bei der Lager-Aufnahme in Herford mussten die Zwangsarbeiter ihre Pässe abgeben und wurden auf speziellen Meldekarten mit Fingerabdrücken erfasst. Für die Ostarbeiter gab es besondere Arbeitsbücher. In einigen Gemeinden im Kreis finden sich die Zwangsarbeiter auch in den normalen Meldekarteien.

In Akten im Herforder Stadtarchiv und den örtlichen Archiven sind nahezu alle Gesetze und Verordnungen zum Umgang mit den Zwangsarbeitern und den eingesetzten Kriegsgefangenen überliefert. Zahlreiche Behörden und fast alle Abteilungen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen beteiligten sich an der „Verwaltung des Grauens“.

Banner 4: Franzosen und Italiener

Nach dem siegreichen Frankreichfeldzug arbeiteten Anfang Juli 1940 bereits 200.000, Mitte August 600.000 und Ende Oktober 1,2 Millionen französische und britische Kriegsgefangene in deutschen Unternehmen. Sie kamen nur in Ausnahmefällen freiwillig, denn bereits während der Kampfhandlungen wurden Kriegsgefangene in deutsche Stammlager überstellt und dort auf verschiedene Arbeitsstätten verteilt. Im Februar 1943 wurde für alle Franzosen die Arbeitspflicht eingeführt – alle Geburtsjahrgänge zwischen 1920 und 1922 wurden für 2 Jahre nach Deutschland verpflichtet. Durch diese Maßnahme wurde der französische Widerstand, den die deutschen Besatzer mit Razzien, Geiselnahmen, Folter und Erschießungen zu unterdrücken versuchten, erheblich gestärkt.

Am 19. Oktober 1940 trafen die ersten 300 westlichen Kriegsgefangenen in Herford ein und wurden im Gebäude der Gaststätte Tiemeyer, das zu einem improvisierten Lager umgebaut worden war, untergebracht. Im Vergleich zu den Gefangenen aus osteuropäischen Ländern genossen sie gewisse Freiheiten; so wurden die 11 Gefangenen, die bei der Baufirma Wittland zur Arbeit eingesetzt waren, morgens und abends auf dem Weg vom Lager zur Arbeitsstätte lediglich von einem deutschen Lehrling begleitet.

Trotz einiger Lockerungen stand jedoch der private Kontakt zur deutschen Bevölkerung unter Strafe: Die Eheleute Wilhelm und Auguste H. aus Holsen mussten sich 1941 vor dem Amtsgericht Bielefeld verantworten, weil sie sich gemeinsam mit französischen Gefangenen hatten fotografieren lassen.

Nach der Entmachtung Mussolinis im Juli 1943 und der Kapitulation Italiens zwei Monate später wurde der Großteil der italienischen Armee von deutschen Einheiten entwaffnet. 600.000 italienische Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Der Status von Kriegsgefangenen wurde ihnen bewusst verweigert, und die Deutschen verspotteten sie als „Badoglio-Italiener“ (Marschall Badoglio war nach dem Sturz Mussolinis vom König mit der Regierungsbildung beauftragt worden). Als „Militärinternierte“ genossen sie nicht den Schutz des Genfer Abkommens und waren der Willkür ihrer Bewacher rechtlos ausgeliefert.

Die Behandlung der italienischen Militärinternierten belastete jedoch die Glaubwürdigkeit von Mussolinis Marionettenregime in Salo, das formal nach wie vor als Verbündeter Deutschlands galt. Hitler stimmte deshalb einem Statuswechsel zu, sodass im Sommer 1944 die Internierten in zivile Arbeitsverhältnisse entlassen wurden. Aber auch die italienischen Zivilarbeiter durften Deutschland nicht verlassen und unterlagen weiterhin der Kontrolle der Reichsbehörden.

Banner 5: Polen und Sowjetbürger.

Die Erlasse der Reichsregierung vom 8. März 1940 (die sogenannten „Polenerlasse“) setzten die nationalsozialistische Rassenideologie in ein juristisches Regelwerk um. Sie legalisierten die diskriminierende Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, deren Alltag von zahlreichen Einzelvorschriften bis ins Detail reglementiert wurde.

Die polnischen Arbeitskräfte erhielten geringere Löhne und niedrigere Verpflegungssätze als ihre deutschen Kollegen; sie durften ihren Aufenthaltsort nicht verlassen; die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wurde ihnen ebenso untersagt wie der Besuch von Gaststätten und Tanzveranstaltungen; der Kontakt zu Deutschen – selbst der gemeinsame Kirchenbesuch – war strengstens verboten; vor allem mussten alle polnischen Zwangsarbeiter ein „P“ deutlich sichtbar an ihrer Kleidung befestigen. Damit wurden in Deutschland erstmals Menschen als „rassisch minderwertig“ markiert, mehr als ein Jahr vor der Einführung des „Judensterns“.

Die sogenannten „Ostarbeitererlasse“ vom 20. Februar 1942 regelten die Behandlung der aus der Sowjetunion stammenden Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter. Sie übernahmen zahlreiche Bestimmungen der „Polenerlasse“, beinhalteten aber teilweise deutlich schärfere Vorschriften. Alle „Ostarbeiter“ mussten ein Abzeichen mit der Aufschrift „Ost“ auf ihrer Kleidung tragen. Bei akuten Disziplinschwierigkeiten wurde den deutschen Wachmannschaften „auch eine körperliche Einwirkung auf die Arbeitskräfte“ erlaubt, für „reichsfeindliche Bestrebungen“, „kriminelle Verfehlungen“ und sexuelle Kontakte mit Deutschen war jedoch ausschließlich die Gestapo zuständig. In der Regel wurden die Betroffenen in ein Konzentrationslager eingewiesen oder hingerichtet.

Aus einer Anweisung des Oberkommandos der Wehrmacht vom 20. Juli 1942 zur Kennzeichnung sowjetischer Kriegsgefangener:
... ein nach unten geöffneter spitzer Winkel von 45° und 10cm Schenkellänge ist auf der linken Gesäßhälfte mit glühender Lanzette und dünner Tusche einzuritzen.

Banner 6: Ostarbeiter: 20 Pfennig für einen Arbeitstag.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter aus Osteuropa waren deutlich schlechter als die ihrer deutschen Kollegen. Neben niedrigen Verpflegungssätzen und einer mangelhaften Gesundheitsfürsorge wurde die ohnehin geringe Bezahlung durch Steuern und sonstige Abgaben auf einen Hungerlohn

reduziert. Von einem Wochenlohn von 35 RM (zum Vergleich: der Bruttolohn eines deutschen Arbeiters lag bei etwa 80 RM) blieben somit 4,50 RM übrig.

Die Betriebe hatten zusätzlich für jeden Zwangsarbeiter eine „Ostarbeiterabgabe“ zu entrichten. Es handelte sich dabei um eine zusätzliche Steuer, die verhindern sollte, dass deutsche Arbeiter entlassen wurden, um billige sowjetische Zwangsarbeiter einzusetzen.

Durch die geringe Entlohnung und die „Ostarbeiterabgabe“ profitierten die Betriebe und der Staat gleichermaßen von der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter. Nach einem Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen erhielt ein sowjetischer Kriegsgefangener 20 Reichspfennig pro Arbeitstag, die allerdings in Lagergeld ausgezahlt wurden.

Neben den langen Arbeitszeiten und einer nicht einmal symbolischen Entlohnung, war der Hunger für die sowjetischen Kriegsgefangenen auch in Herford allgegenwärtig. „Die Russen,“ so erinnerte sich der stellvertretende Betriebsleiter der Herforder Kleinbahnen Kammeyer noch Jahrzehnte später, „hatten eine große Milchkanne, in der jeden Tag das Essen geholt wurde ... Das stank wie die Pest ... Das konnte keiner essen. Aber der Hunger bringt es schließlich doch rein.“ Unter diesen Umständen versuchten die Gefangenen, wo immer es möglich war, Lebensmittel auf anderen Wegen zu bekommen. Selbstgebastelte Gegenstände, wie zum Beispiel ein Nähkörbchen aus Stroh, tauschten sie gegen Brot.

Banner 7:

Sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene: 1,4 Millionen Tote ...

Wegen des erwarteten schnellen Sieges spielte bei den Planungen zum Russlandfeldzug die Beschäftigung sowjetischer Kriegsgefangener zunächst keine Rolle. Stattdessen nahm die Wehrmachtsführung in Kauf, dass die Gefangenen verhungerten, an Flecktyphus starben oder durch Exekutionskommandos erschossen wurden: 60% der fast 3,4 Millionen Gefangenen des Jahres 1941 starben, davon 1,4 Millionen noch vor Anfang Dezember.

Erst als die Sieges euphorie nach den militärischen Rückschlägen im Winter 1941/42 verfliegen war, begannen die Planungen für den Arbeitseinsatz sowjetischer Gefangener.

Am 25. August 1942 trafen die ersten 29 sowjetischen Kriegsgefangenen in Herford ein, zunächst aus dem Lager in Bathorn. Seit dem 1. September 1942 war das Kriegsgefangenen-Stammlager (Stalag) 326 in Stukenbrock-Senne für den Regierungsbezirk Minden und damit auch für die Stadt Herford zuständig.

Bei den ersten Gefangenen handelte es sich zum großen Teil um Jugendliche, die teilweise noch keine 17 Jahre alt waren. Durch die Unterernährung und die schlechten Lebensbedingungen in den Lagern waren viele von ihnen außerdem so entkräftet, dass sie zu schwerer körperlicher Arbeit gar nicht in der Lage waren. Die sowjetischen Gefangenen wurden hauptsächlich für Ladearbeiten bei der Reichsbahn und bei der Kleinbahn herangezogen und waren in einem Fabrikgebäude an der Kirdorfstr. (heute Normannstr.) untergebracht.

Banner 8:

Ostarbeiterinnen:

„Das Kind entspricht nicht den Auslesebedingungen.“

Schwangerschaft und Geburt müssen für die Zwangsarbeiterinnen alptraumhafte Erfahrungen gewesen sein. Das Gefühl von Geborgenheit, eine ausreichende medizinische Versorgung, selbst elementare hygienische Bedingungen wurden den Frauen bewusst und systematisch verweigert. Der Amtsarzt des Staatlichen Gesundheitsamts Herford beschrieb die Zustände in einem Brief im August 1942 wie folgt. „Am schlimmsten gestaltete sich die bevorstehende Niederkunft mehrerer Russenfrauen – an sich nicht unsaubere Menschen. (...) Es fehlt am geringsten Stück Wäsche für Mutter und Kind, ja z.T. Waschbecken, Seife, Handtuch. Nicht ein Korb für das Kind ist da. Fürsorgerin, Hebamme, Arbeitgeber betteln Wäsche zusammen – mit grosser Mühe.“

In den ersten Kriegsjahren wurden schwangere Zwangsarbeiterinnen in der Regel kurz vor der Entbindung in ihre Heimatländer zurückgeschickt. 1943 verbot der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel, diese Abschiebungen, da auf diese Weise dem Reich wertvolle Arbeitskräfte verloren gingen. Von nun an unterschied man bei den Neugeborenen von Zwangsarbeiterinnen zwischen Kindern, die „dem Deutschtum zu erhalten und ... daher als deutsche Kinder zu erziehen“ waren, und „rassisch minderwertigen Kindern“, die in „Ausländerpflegestätten“ völliger Vernachlässigung und dem sicheren Tod überlassen wurden.

Auch das Schicksal von Danuta K., die im Alter von 1 1/2 Jahren auf Weisung der SS in eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ eingewiesen wurde, verliert sich zwischen den Aktendeckeln.

Banner 9

SULO - Streuber und Lohmann ein kriegswichtiger Betrieb

Kleine Vorgeschichte:

Hunderte von Zwangsarbeitern arbeiteten für SULO. Ohne sie wäre weder die Kriegsproduktion noch der Erfolg der Firma nach dem Krieg möglich gewesen. 1910 gründete Friedrich Streuber an der Waltgerstraße eine Blechfabrik, anfänglich mit einer Belegschaft von 30 Personen. Nach seinem Tod übernahm sein Sohn Fritz Streuber den Betrieb.

Ab 1919 war Dr. Walter Lohmann in der Geschäftsführung.

1938 wurde die Firma in OHG Eisenwerk Streuber & Lohmann umbenannt.

1930 waren 300 Personen und kurz vor dem Krieg schon 600 Personen beschäftigt.

Mit Beginn des Krieges wurde der Betrieb nur einem Ziel untergeordnet: Dem Sieg. Am 21. Mai 1941 wurde der Betrieb als Gausieger des Sommersporttages der Betriebe geehrt.

Der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley schickte einen Glückwunsch.

1941 war dann die Produktion vollkommen auf neue Ziele umgestellt. Es wurden Bombenhülsen und Kartuschen, 50 bis 70 kg schwer, hergestellt.

Ohne Zwangsarbeiterinnen und Zwangarbeiter ging bald nichts mehr.

Registrierte Zwangsarbeiter:

19. Oktober	1940	50	französ. Kriegsgefangene.
3. April	1942	80	russ. Frauen,
18. November	1942	89	russ. Frauen
21. November	1942	14	russ. Männer
29. Mai	1943	2	französ. Kriegsgefangene,
9. Juni	1943	6	französ. Kriegsgefangene .
17. ?	1944	29	französ. Kriegsgefang.

Zuständige Lager: 2 Baracken Waltgeristr.40, Baracken Otternbuschweg, Gaststätte Tiemeyer Jahnstr./Visionstr.

Laut Registrierung vom 21. September 1944 waren bei SULO 172 sowjetrussische Frauen und Männer und 29 französische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz

Betriebsleiter Behring sagte: „Die Wohnverhältnisse waren schon etwas eng, die Betten dreistöckig. Im Winter wurde geheizt, mit kleinen runden Öfen. Die Verpflegung kam aus der Gemeinschaftsküche.

Zur Unterbringung der SULO Arbeiterinnen in der Baracke am Otternbuschweg schreibt der Nazi- Bürgermeister an den Regierungspräsidenten in Minden: „ am 3. April 1942 sind 80 sowjetrussische Frauen zum Arbeitseinsatz gebracht worden. Diese Frauen sind in einer alten Baracke am Otternbusch untergebracht. Die Unterbringung ist vollständig unzulänglich; mit mehr als 50 Frauen darf die Baracke nicht belegt werden.“

Olga arbeitete von 1942 bis 1945 bei SULO. Ab 1943/44 durften die Frauen sonntags in kleinen Gruppen spazieren gehen. Die damals 22- jährige Olga und zwei Freundinnen gingen von der Waltgeristraße über die Mindener Straße zum Alten Postweg ins Grüne. Am Ende des Weges stand das kleine Haus der Familie Büniger. Olga erzählte von ihrem Heimweh und die Geschichte ihres Transports nach Herford. Deutsche Soldaten hatten sie unter dem Vorwand eines Kinobesuchs auf einen LKW geladen. Es ging aber nicht ins Kino, sondern zum nächsten Menschentransport nach Deutschland.

Im April 1945 ging Olga zum letzten Mal zur Familie Büniger, um sich zu verabschieden. Als Geschenk hatte sie einen riesigen Klumpen Rohschokolade dabei, wahrscheinlich aus der Schokoladenfabrik Karina..

Banner 10 SULO - Die Behandlung der Zwangsarbeiterinnen

„Sie wurden freundlich und zuvorkommend behandelt...“.

(Dr. Raudisch, damals Werksarzt)

„Die Frauen und Männer sollten gut behandelt werden und sich wohlfühlen...“

(Werkmeister und Betriebsleiter Behring)

Aus der Sicht der Betroffenen und den Polizeiakten ergibt sich ein anderes Bild.

Anna K.

Anna ist 19 Jahre alt, als sie freiwillig nach Deutschland kommt.

Nach dem Überfall der deutschen Truppen auf die damalige Sowjetunion arbeitete sie bei der deutschen Verwaltung in Jakobowka. Sie verliebt sich in einen Offizier und wird schwanger. Er verspricht ihr, sie nach Deutschland zu holen. Als die Deutschen Arbeitskräfte suchen, meldet sich Anna freiwillig, um in das Land ihres Geliebten zu kommen.

Man verspricht ihr: Gute Arbeit, gutes Essen, gute Unterbringung, gute Entlohnung und gute Behandlung. Am 18. März 1942 geht der Transport ab; am 30. März wird sie der Firma SULO zugewiesen.

Alles ist anders als versprochen.

- die Fabrikarbeit ist lang und hart, 72 Wochenstunden, täglich 12 Stunden
- die Verpflegung ist schlecht und unzureichend
- die Unterbringung erfolgt in geschlossenen Lagern und überfüllten Baracken
- Kontakt zu Deutschen oder Menschen anderer Nationalität ist verboten
- Liebesbeziehungen können mit Konzentrationslager oder Tod bestraft werden
- der Druck durch Meister und Vorarbeiter ist extrem

Anna K. fügt sich nicht dem Zwang. Sie protestiert gegen das schlechte Essen und die menschenverachtende Unterbringung und spricht mit den anderen darüber. Am 6. April 1942 wird sie festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht. Nach zwei Tagen und entsprechender Verwarnung muss sie wieder zu SULO. Doch am 30. April und am 11. Mai wird sie wieder ins Gefängnis gebracht. Am 21. Mai 1942 wird sie wegen der Schwangerschaft in ihre Heimat abgeschoben.

Augustina K.

Augustina ist 20 Jahre alt und wird am 28. April 1942 wegen Arbeitsverweigerung zur Polizei gebracht. Sie hatte sich geweigert, als Dolmetscherin zu dienen, weil sie sich den Hass ihrer Landsleute zugezogen hatte. Sie wollte lieber als Maschinenarbeiterin eingesetzt werden.

Vera K.

Im Mai 1942 beschwert sie sich über das Essen und wirft sich auf den Boden, als sie gezwungen wird weiterzuarbeiten. Sie wird zur Polizei gebracht und für den Wiederholungsfall mit Konzentrationslager bedroht.

Klawa B. und Galina K.

Klawa 19 und Galina 22 Jahre gehen ohne Urlaubsschein, ohne Ostabzeichen, ohne Aufsicht und nicht in einer Gruppe in ein Lager von polnischen Reichsbahnarbeitern. Sie wollen sich Seife besorgen, es wird aber ein Liebesverhältnis vermutet. Sie werden letztmalig verwarnt, es droht Konzentrationslager.

Olexa F.

Olexa ist 21 Jahre alt, flieht im Juli 1943 aus dem Lager, wird aufgegriffen und muss sechs Wochen in das Arbeitserziehungslager (AEL) Lahde. AEL sind Umerziehungslager und übertreffen an Grausamkeit viele Konzentrationslager.

Banner 11

Barfuss in Metallspänen...

Die Küchenmöbelfabrik Paul Nolting Herford, Brunnenstr.25

1927 wurde die Küchenmöbelfabrik gegründet.

Die Belegschaft wuchs von 10 Arbeitskräften 1927 auf 40 Beschäftigte 1937 an.

Mit Ausbruch des Krieges kam die Küchenmöbelherstellung völlig zum Erliegen. Es musste auf Kriegsproduktion umgestellt werden, überwiegend auf Waffen- und Munitionskisten.

Die Wehrmachtsaufträge waren aber mit hiesigen Arbeitskräften nicht zu erfüllen.

1940 wurde das Problem fürs Erste mit dem Einsatz von 20 französischen Kriegsgefangenen gelöst.

Die Franzosen waren in der Gaststätte Tiemeyer an der Jahnstr./ Ecke Visionstr. (heute großes Wohnhaus der Finanzbau) untergebracht. Die Gefangenen wurden täglich von bewaffneten Wachmännern begleitet zur Arbeit gebracht und wieder abgeholt.

Die Wehrmachtsaufträge stiegen rapide an, und der Einsatz weiterer Arbeitskräfte wurde notwendig.

1942 waren zusätzlich 46 russische Frauen, sechs russische Männer, drei Polen, neun Holländer und ein Flame im Arbeitseinsatz.

Die Frauen waren in einer Baracke auf dem Firmengelände, die Männer im Lager Ahmsen untergebracht.

1943 kamen noch 61 italienische Militärinternierte hinzu, die ebenfalls im Lager Ahmsen untergebracht waren.

Zuspitzung am Ende:

1944 wurde ein Teil der Kochs Adler- Werke aus Bielefeld in die Fabrik an der Brunnenstraße verlegt. Es wurden nur noch Waffenteile hergestellt.

Rund 400 Arbeitskräfte sollen bis zum Schluss dort gearbeitet haben.

Der Arbeiter Kurt Held erinnert sich an die „Kochs Adler“- Zeit bei Nolting:

„Barfuss standen die russischen Mädels in den Metallspänen, und das mitten im Winter.“

Banner 12

2 Minuten zu spät - hieß Prügel und Bunker...

350 polnische Zwangsarbeiter aus Pabianice (Polen) in Herford- Sundern

Vorgeschichte:

Seit 1896 gibt es in Bielefeld die Lohmann –Werke GmbH & Co. Man stellte Fahrradsättel, Fahrradtaschen, Fahrradlaternen und Reisekoffer her. Mit Beginn des Krieges erfolgte eine Umstellung auf kriegswichtige Präzisionsartikel, das heißt Zubehör für Panzer, Zieleinrichtungen für Kanonen in Panzern des Typs Tiger, Bestandteile für Abhörgeräte in Panzern, Flugzeugen und U- Booten., um nur einige zu nennen. Für die Vorbereitung auf den Krieg gegen die Sowjetunion lag der Betrieb in Bielefeld strategisch ungünstig.

Mit dem Überfall auf Polen und der Besetzung fand man schnell eine geeignete Produktionsstätte.

1940 wurde die Handwerks- und Industrieschule in Pabianice besetzt und die ganze Belegschaft (484 Personen, Lehrer und Schüler) zur Arbeit für die Deutschen zwangsverpflichtet. Die Führungsriege bestand aus Deutschen.

Gearbeitet wurde in Pabianice in 12- Stunden- Schichten, auch an Sonn- und Feiertagen.

Die Arbeitsbedingungen waren begleitet von Gewalttaten, die von Folter bis Mord reichten.

Kleinste Vergehen, z.B. 2 Minuten Zuspätkommen konnte mit Prügel oder Bunker (Arrest im 1,5 qm Raum ohne Fenster) bestraft werden. Einige wurden mit Eisenstangen zusammengeschlagen, der Gestapo übergeben und sind in Konzentrationslagern umgekommen.

Die Produktion in Polen sorgte schon im ersten Jahr für eine Verdoppelung der Umsätze.

1944, nach der Niederlage an der Ostfront, war der Betrieb in Polen gefährdet. Er wurde zurückverlagert ins Reich und zwar nach Bielefeld und Herford - Sundern in das Beka Möbelwerk. Zu dieser Zeit arbeiteten 1500 Menschen in Bielefeld und 484 in Pabianice.

Der ganze Betrieb in Polen wurde bis auf den letzten Hammer demontiert, auf LKW und Schiene verladen und nach Herford gebracht..

350 Arbeiter verpflichtete man nach Herford, den Rest nach Bielefeld.

Wer sich weigerte, dem wurde mit Konzentrationslager gedroht.

Die Barackenunterkünfte mussten die Arbeiter selbst errichten. Zwischenzeitlich waren die Arbeiter in der nahe gelegenen Schule und in der Fabrikhalle direkt neben dem Arbeitsplatz untergebracht. Die Bedingungen wurden noch schärfer, noch brutaler. Wer nicht spurte, kam kurzerhand in ein Arbeitserziehungslager. Franziszek Stempinski und Bronislaw Grambor waren im AEL Lahde an der Weser. Sie berichteten von Terror und Mord, täglich wurde gehenkt, schon für das Aufheben eines Zigarettenstummels.

Banner 13

„Bestien in menschlicher Haut...“

Die deutsche Führungsriege wurde in Polen zur Rechenschaft gezogen.

Infolge Auslieferung an die polnischen Behörden durch die alliierte Militärbehörde wurde von 1947 bis 1949 gegen Angehörige der Betriebsleitung Anklage erhoben: Aufgrund von 70 Zeugenaussagen wurde den Mitgliedern der Betriebsleitung Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt.

Verurteilt wurden:

Harald Sudek zum Tode,

Kurt Kornik zum Tode,

Erik Franz Schreiber zu 15 Jahren und Rudolf Rosenberg zu 10 Jahren Gefängnis,

Paul August Boecker und Fritz H. Max Reuter zu je 8 Jahren Gefängnis

Walter Thalendorst zu drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis

Edmund Mundt zu drei Jahren Gefängnis

Wolfgang Sternberg wurde als einziger freigesprochen.

Alle Urteile wurden vollstreckt.

Paul August Boecker wurde 1950 auf dem Gnadenweg die Reststrafe erlassen.

Die polnische Presse verfolgte die Strafprozesse: Da ist die Rede von „Bestien in menschlicher Haut“ oder „es sind Verbrecher, aber keine Unternehmer“

1989 Elf der 350 ehemaligen Zwangsarbeiter aus Pabianice besuchten Herford.

1991 kamen vier von ihnen noch einmal nach Herford, um an der Kapelle auf dem Friedhof in Sundern eine Gedenktafel für die getöteten Kollegen anzubringen.

Ehemalige Zwangsarbeiter, Helga Kohne und der Bürgermeister der Gemeinde Hiddenhausen Harry Rieso in Pabianice bei der Einweihung der Gedenktafel für die in Herford und Bielefeld umgekommenen ehemaligen Zwangsarbeiter der Lohmann - Werke AG.

Seit 1992 gibt es eine Partnerschaft zwischen der Handwerks- und Industrieschule in Pabianice und dem Wilhelm Normann Berufskolleg.

Ein Schüleraustausch zwischen beiden Schulen wird seitdem gepflegt.

Banner 14

Rottmann Söhne

„Ein Faschist als Fotograf“

Die Sperrholzfabrik H. Rottmann, Söhne war aus einer 1879 gegründeten Tischlerei entstanden und hatte ab 1890 ihren Sitz an der Heidestr. 37. 1925 stellte der Betrieb auf die Herstellung von Sperrholz als Zulieferer für die Möbelindustrie um. Seit dieser Zeit leiteten die Söhne Gustav und Wilhelm die Firma mit etwa 60 Arbeitern. Die starke Auftragslage und der Bedarf an Sperrholz auch für die Wehrmacht führte zu großem Arbeitskräftebedarf, der in den Kriegsjahren vor allem durch ukrainische Zwangsarbeiterinnen abgesichert wurde. Im April 1942 sind dort 92 Zwangsarbeiterinnen nachweisbar. Die Firma blieb auch nach 1945 erfolgreich. In den 1950er Jahren waren wieder 150 Mitarbeiter dort tätig.

Das Alltagsleben im Zwangsarbeiterlager bei Rottmann ist besonders gut durch Fotografien dokumentiert. Die Bilder stammen von dem begeisterten Hobby-Fotografen Georg Willy Dümm, geboren 1896, aktiver Soldat im Ersten Weltkrieg und überzeugter Nationalsozialist. Er war für die Firma u.a. als Reisender tätig und starb kurz vor Kriegsende 1945 bei Bückeberg.

Die 1994 nach Herford eingeladenen Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine berichteten über ihren Fotografen: „In der Fabrik gab es noch einen sehr interessanten Menschen. Sein Name war Willy Dümm. Ab und zu sahen wir ihn in einer schwarzen Naziuniform mit einem Hakenkreuz am Ärmel durch die Fabrik gehen. Dann sagten wir leise ‚Faschist‘. Damals teilten wir die Deutschen in Menschen und Faschisten ein. Dieser ‚Faschist‘ war aber ein gutmütiger Mensch. Obwohl wir uns als stolze Patrioten unseres Landes verhielten, hat er uns nie schlecht behandelt. Er versammelte uns oft, sprach mit uns und interessierte sich für unsere Eltern und unsere Heimat. Er machte viele Aufnahmen von uns und verteilte die Bilder an uns.“

Die Bilder der Zwangsarbeiter, ob in Arbeitskleidung mit dem vorgeschriebenen OST-Abzeichen, ob „verkleidet“ oder im Lager und die nahezu liebevollen Gruppen- und Einzelaufnahmen der im Betrieb Rottmann eingesetzten ukrainischen Zwangsarbeiterinnen muten fast idyllisch an. Über die Motive von Dümm, solche Bilder anzufertigen, kann nur gemutmaßt werden.

Auch wenn die Augenzeugenberichte eine eher bessere Behandlung im Lager Rottmann bestätigen, darf nicht vergessen werden, dass diese teilweise sehr jungen Frauen gegen ihren Willen aus der Ukraine deportiert wurden und einem ungewissen Schicksal entgegensahen. Trotzdem bewahrten sie eine gute Erinnerung an Dümm und seine Bilder als Erinnerung.

Banner 15

Anna Galschenko erhängte sich ... Landgemeinde Schwarzenmoor

Die zum Amt Herford- Hiddenhausen gehörende Gemeinde Schwarzenmoor hatte während des 2. Weltkrieges 1400 Einwohner und ca. 40 Höfe. Für Herford –Hiddenhausen waren insgesamt 410 ausländische Frauen und 559 Männer als Zwangsarbeiter gemeldet.

Für Schwarzenmoor sind 71 Frauen und 109 Männer auf 39 Höfen registriert.

Nationalität	Frauen	Männer
Sowjetunion	49	52
Polen	22	34
Frankreich		13
Belgien		5
Niederlande		4
Tschechoslowakei		1

Die meisten zivilen Zwangsarbeiter waren auf den Höfen untergebracht wo sie nach vorgegebenen Regelungen auch gepflegt wurden.

Die polnischen und französischen Kriegsgefangenen waren in Lagern untergebracht. Von dort wurden sie von Soldaten und SA- Männern zum täglichen Arbeitseinsatz gebracht und abgeholt. Laut Zeitzeugen konnten sich etliche Personen ohne Bewacher frei bewegen. Sie kamen um 8 Uhr morgens und gingen gegen 19 Uhr.

Die französischen Kriegsgefangenen waren in einer ehemaligen Bürstenfabrik unterhalb des Homberghofes untergebracht.

Besondere Vorkommnisse:

Bauer Oberholz Schwarzenmoor Nr.3

Am 30.Oktober1941 kehrten sechs polnische Arbeiter nicht an ihren Arbeitsplatz zurück.

Zudem flohen fünf weitere Personen.

Der Pole Edward Skoupski, geb.13.März 1921, wurde am 08.Dezember 1942 verhaftet. Über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

Andrej Kolnikow, geb. 05.Dezember1908, floh 1944, wurde aufgegriffen und in das Arbeitserziehungslager Lahde gebracht, er überlebte das AEL nicht.

Stepan Toke,r geb. 29. Juni1919 in der Sowjetunion, erhängte sich am 18.Dezember 1944 auf dem Dachboden von Oberholz.

Bauer Hermann Strunk Schwarzenmoor Nr.8

Hier arbeiteten neun ZwangsarbeiterInnen.

Anna Galschenko, geb.14. Februar1923 in der Sowjetunion, soll arbeitsunwillig gewesen sein. Der Bauer ließ sie abholen und forderte vom Arbeitsamt eine andere Arbeitskraft. Doch nach einigen Tagen brachte man Anna Galschenko zurück. Sie erhängte sich am 03. Oktober 1944 an einem Apfelbaum.

Bauer Stork Schwarzenmoor Nr.15

Der Pole Stefan Polak, geb. 13. Juni1909, wurde vom Bauern aus in das KZ Buchenwald eingeliefert. Dort wurde er am 5.Oktober 1942 ermordet.

Bauer Wehmeier Schwarzenmoor Nr.12

Der Pole Stefan Filato, geb.11. Juli 1925, war noch keine 20 Jahre alt, als er am 31.Januar 1945 in das KZ Neuengamme eingeliefert wurde.

Bauer Schwarze Schwarzenmoor Nr.35

Dort arbeiteten 1 Belgier, 1 Russe, 1 Pole, 1 Ukrainerin und die Polin Olga Fidyk. Hier hatte man nur gute Erfahrungen. Die Mädchen wurden erst einmal eingekleidet und frisiert wie deutsche Mädchen.

Briefkontakte hielten sich bis viele Jahre nach dem Krieg..

Schwarzenmoor nach dem 4. April 1945

Amerikaner mit Panzern und Lastwagen bezogen auf einigen Höfen Quartier. Die Besitzer wurden in Schulen ausquartiert und durften ihre Höfe nur zum Versorgen des Viehs betreten.

Viele Bauern betrachteten die Amerikaner nicht als Befreier, sondern als Feinde, als Besatzer.

Die Zwangsarbeiter wurden befreit und sich selbst überlassen. So zogen Russen und Polen umher, um sich Lebensmittel, Kleidung und Fahrräder zu besorgen. Doch es blieb nicht dabei;

es kam auch zu Vergeltungsaktionen. Die Bäuerin und der Bauer Quest in Schwarzenmoor 21 und die Gebrüder Heinrich und Theodor Meyer- Kerkhoff wurden ermordet.

Andere Zwangsarbeiter hatten sich schützend vor die Bauern gestellt, weil sie gut behandelt worden waren.

Banner 16

Zellentrakt

„strenge polizeiliche Maßnahmen“

Zwangsarbeiter, die die Arbeit verweigerten, sich unerlaubt von der Arbeit entfernten, flüchteten, die vorgeschriebenen Abzeichen nicht trugen, unerlaubte Beziehungen zu anderen Zwangsarbeitern und Deutschen unterhielten oder auf andere Weise gegen die damaligen Regeln verstießen, nahm die Polizei in Haft. In Herford landeten sie zunächst im Polizeigefängnis im Rathaus, von wo sie nach Vernehmungen und Haftaufenthalt von bis zu acht Wochen wieder in ihre Betriebe zurückkehrten,

sofern sie nicht in KZs oder Arbeitserziehungslager eingeliefert wurden. Nur Wenigen gelang über diesen Weg die Rückkehr in ihre Heimat.

Von einigen der im Zellentrakt Inhaftierten sind Einritzungen an den Zellentüren erhalten. So auf kyrillisch: "Agnesa Apasanenko aus Mariupolja saß in dieser Kammer 15 Tage lang, ... seit meinem Aufenthalt in Deutschland saß [ich] in dieser Kammer 2 mal." (19.3.1945). Im Oktober 1942 hatte Agnesa Apasanenko ohne Urlaub ihre Arbeitsstelle bei der Firma Rottmann in Herford verlassen, um ihren Bruder in Bad Meinberg zu besuchen. Sie wurde verwarnt und ihrem Arbeitgeber wieder zugeführt. Über die zweite Verhaftung ist nichts bekannt.

Über die Schicksale der Verhafteten informieren die Vernehmungsakten. Am 4. Februar 1941 wurden in Magdeburg vier polnische Zivilarbeiter aus dem Kreis Herford festgenommen und überführt. Die Gestapo Bielefeld forderte die Herforder Polizei auf, „sämtliche Polen zur Sache zu vernehmen. Hierbei sind ihnen strenge polizeiliche Maßnahmen anzudrohen für den Fall, dass sie nochmals ihre Arbeitsstätte unerlaubt verlassen sollten, evtl. Überführung in ein Konzentrationslager. Alsdann sind sie dem Arbeitsamt zu überstellen, damit sie an ihren alten Arbeitsplatz zurückgeführt werden.“ Die Vernehmungen fanden erst am 5. März, also einen Monat nach der Verhaftung, statt.

Die Polizeibeamten schwangen sich nicht selten zu Richtern auf, wie Aussagen aus den Vernehmungsprotokollen zeigen: „Bei der K. handelt es sich erwiesenermaßen um eine Frauensperson, die offensichtlich Sabotage an der Arbeit in Deutschland begeht. Sie wiegelte die Russinnen auf, so dass sie von der Schutzpolizei vom 6. – 8.4.1942 in Polizeihaft genommen werden musste, am 30.4. wurde sie erneut in das Polizeigefängnis eingeliefert, und wieder am 11.5. Bei der Vernehmung zeigte sich die K. äußerst frech und verstockt. Es wurde auch auf die bei ihr bestehende Schwangerschaft eingegangen, weil ihr Mann nicht der Beschwängerer sein kann. Hier legte sie erst nach längerer Verhandlungsdauer das Geständnis ab, das die Schwangerschaft von den deutschen Offizier S. stamme. Inwieweit dem Glauben geschenkt werden kann, müssten Nachprüfungen ergeben. Ich halte für den Fall, das eine Einweisung der K in ein KZ nicht erfolgen sollte, für unbedingt notwendig, sie bis zum Abgang des Transports nach Russland in Polizeihaft zu belassen!“ Die Abschiebung erfolgte am 19. Mai.

Erläuterung: Die ab 1934 errichteten Konzentrationslagern wurden während des Krieges ausgeweitet auf insgesamt 22 Konzentrationslager mit 165 Arbeitslagern. Ab 1941 kamen sogenannte „Arbeitserziehungslager“ hinzu. Hier sollte der „Umerziehungsprozess“ befristet in drei bis sieben Wochen vollzogen sein. Danach sollten die Arbeitskräfte entweder den alten Arbeitgebern oder zu anderer Verwendung wieder zu Verfügung stehen. Eine mörderische Arbeitsdisziplin, Prügel, Terror und Hinrichtungen zur Abschreckung gehörten zum Alltag in den Lagern. Eingeliefert wurden vor allem arbeitsverweigernde oder flüchtige Ausländer, als „Arbeitsvertragsbrüchige“ bezeichnet. In der Behandlung und Ernährung der Lagerinsassen wurden grundsätzlich Unterschiede zwischen Angehörigen von „West- und Ostvölkern“ (Polen, Russen) gemacht. Bei schwerwiegenden Vergehen war eine „Sonderbehandlung“ angeordnet, dies bedeutete die Todesstrafe. Für den Regierungsbezirk Minden und somit auch für Herford, waren die Arbeitserziehungslager Lahde nördlich von Minden und Hunswinkel bei Lüdenscheid zuständig, beide galten als Arbeitserziehungslager schlimmster Art. Die

Lagerkommandanten waren Beamte der geheimen Staatspolizei. Die Lagerverwaltung bestand vorwiegend aus strafversetzten Beamten, die für ihre Skrupellosigkeit bekannt waren.

Banner 17 **Klawdia Minajewa** **„Die Vernehmung“**

Die Vernehmung der 19-jährigen Klawdja Minajewa, die bei der Möbelfabrik Schwaco in Herford eingesetzt war, ist ein besonderes Beispiel für die Abläufe im Zellentrakt der Polizeiwache.

Sie war von dem 21jährigen Erwin Schwagmeier, dem Sohn des Möbelfabrikanten Hermann Schwagmeier, geschwängert worden. Das Protokoll ihrer Vernehmung ist das einzige Dokument aus Herford, das die Problematik einer Beziehung zwischen einer Zwangsarbeiterin und einem Deutschen ausführlich beschreibt..

Halit Ünal hat 1992 den Fall in seiner Erzählung „Die Vernehmung oder die bestrafte Liebe der Klawdia B.“ literarisch bearbeitet.

Klawdja Minajewa (geb. 1924) sagte im Verhör durch Kriminal-Obersekretär Brockmeyer detailliert über ihre Beziehung aus und bestätigte, dass sie vom Verbot „des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen“ wusste. Sie wurde vom 7. März bis zum 5. Mai im Zellentrakt inhaftiert.

Erwin Schwagmeier bestritt die Vaterschaft, wenn auch nicht seine intime Beziehung und denunzierte sie als „leicht zu habendes Mädels“. Beiden drohte aufgrund der Strafvorschriften die Einweisung in ein Konzentrationslager. Trotzdem blieben sie ohne Strafe. Klawdia Minajewa, von Brockmeyer als „charakterlich einwandfrei“ und „deutschfreundlich“ beurteilt, wurde zur Fa. Stieglmeyer unvermittelt, was sie vor weiterer Verfolgung bewahrte.

Das Verfahren gegen Schwagmeier wurde abgetrennt und eingestellt, da er Soldat war. Der Oberbürgermeister erhob erfolglos gegenüber dem NSDAP-Kreisleiter Einwände: „Wenn Schwagmeier auch Soldat ist und somit den staatspolizeilichen Maßnahmen nicht unterliegt, vertrete ich die Ansicht, daß der Ausgang des Verfahrens sich nicht mit den nationalsozialistischen Grundgesetzen über Blut und Rasse vereinbaren läßt. Auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen vertrete ich den Standpunkt, daß derartige Fälle geahndet werden müssen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich bei dem Täter um eine Zivil- oder Militärperson handelt.“

Am 30. Oktober 1943 brachte Klawdja Minajewa in der Baracke in der Annastr. 13 ihre Tochter Lore zur Welt. Das Kind wurde in der Liste für „uneheliche Kinder ausländischer Mütter“ in der Stadt Herford registriert und bis zum 7. April 1945 unter Amtsvormundschaft gestellt. Was aus ihm und seiner Mutter geworden ist, ist unbekannt.

Banner 18
Efim Gorgol
Eine Reise nach Deutschland und kein Zurück...

Efim Gorgol geb. 1921 kam am 18. Mai 1942 mit einem Sammeltransport, bestehend aus 30 Personen, aus Kordemo/Ukraine nach Deutschland. Am 29. Mai 1942 traf er abends in Herford ein und wurde bereits am nächsten Tag vom Arbeitsamt dem Bauern Wefelmeier in Lippinghausen zugewiesen. Bereits neun Tage später am 8. Juni wurde er auf der Bismarckstrasse in Herford aufgegriffen und in das Polizeigefängnis im Rathaus gebracht.

Efim Gorgol wurde Herumtreiberei und Betteln vorgeworfen. Bei weiteren Vernehmungen versuchte er, unter anderem Namen eine andere Arbeitsstelle zu erlangen. Dieses Vorhaben misslang, denn die Beamten des Arbeitsamtes erkannten den kleinwüchsigen, rothaarigen Mann sofort. Nach Rücksprache mit dem Bauern erfuhren sie, dass er am 7. Juni geflohen war und dass er Würste gestohlen hatte. Der Polizei nochmals vorgeführt, sagt er, dass er dies tat, weil er immer hungrig war. Nun war Efim ein Fall für die Gestapo. Am 27. Juni 1942 wird Efim Gorgol zur Umerziehung in das Arbeitserziehungslager Hunswinkel bei Lüdenscheid eingewiesen.

Nach etwa sieben Wochen sollte er der Ortspolizeibehörde in Herford wieder zur Verfügung stehen. In Hunswinkel arbeitete Efim Gorgol für Hoch-Tief beim Bau der Versetalsperre.

Efim Gorgol wurde am 6. August kurz vor seiner geplanten Entlassung aus dem AEL erschossen. In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Herford steht, dass Efim Gorgol auf der Flucht erschossen worden sei. Im Sterbebuch des Kreises Lüdenscheid –Land steht, dass allein 26 Sowjetrussen mit dem Vermerk „Auf der Flucht erschossen“ registriert sind.

Auf der Flucht?

Floh Efim so kurz vor der Entlassung aus einer Hölle, die schlimmer nicht sein konnte?

Oder wollte ein Wachmann wieder einmal 20 Reichsmark und 3 Tage Sonderurlaub? Das erhielten die Wachmänner für eine Erschießung.

Wer war Efim Gorgols Mörder?

Das AEL Hunswinkel liegt unter dem Wasserspiegel der Versetalsperre.

Efim Gorgol- in ein fremdes Land verschleppt- zur Arbeit gezwungen - bei einem Bauern- und nie satt zu essen – und weil er sich nimmt, was reichlich vorhanden- und wegläuft aus Angst -wird er gestoßen in eine Hölle aus Terror und Mord
Eine Reise nach Deutschland 8 Wochen und kein zurück...

Banner 19:
Hryzan Draudafil.
Verblutet nach einem Luftangriff.

Hryzan Draudafil wurde 1892 in Odessa geboren. Er arbeitete während des Krieges als ziviler Zwangsarbeiter bei der Möbelfirma Wiesinger in der Friedhofstraße in

Herford. Sein Schicksal steht exemplarisch für Hunderttausende von Menschen, die aus ideologischen Gründen den Gefahren des Kriegsalltags schutzlos ausgeliefert wurden.

Zwangsarbeitern war es häufig untersagt, bei Luftalarm die Schutzräume aufzusuchen, die der deutschen Bevölkerung vorbehalten blieben. Aus diesem Grund suchte Hryzan Draudafil bei einem alliierten Bombenangriff am 3. März 1945 wahrscheinlich Schutz hinter einem Haus in der Eisgrabenstraße. Die Wucht einer Explosion schleuderte ihn vermutlich durch die Luft und zertrümmerte beim Aufprall auf den Boden seine linke Schulter. Er verblutete. Hryzon Draudafil wurde auf dem Ewigen Frieden in Herford begraben. Seine Angehörigen erfuhren nichts über sein Schicksal, in einer Akte fand sich lediglich der Vermerk: „Angehörige unbekannt.“ Bei dem Angriff am 3. März 1945 starben noch zwei weitere Zwangsarbeiter aus dem Lager der Firma Wiesinger.

Banner 20

Antonia Wasikanzewa überlebte Ravensbrück Ihre Stationen: Mariupol – Herford – Ravensbrück

Am 17. April 1942 wurde die 18-jährige Antonia von deutschen Soldaten aus dem Haus im Metallurgo Prospekt in Mariupol abgeholt und in einer Gruppe mit anderen minderjährigen Frauen zur Registrierungsstelle getrieben. Anschließend wurde sie auf einen offenen LKW verladen und zum Bahnhof gebracht.

Von dort ging es im Viehwaggon nach Deutschland.

17 Tage saß oder stand Antonia dichtgedrängt Haut an Haut mit anderen Frauen im geschlossenen Waggon mit nur einem Abortkübel. „Der Geruch von Urin und Kot vernebelte unseren Verstand“, sagt Antonia. Und weiter: „Regen lief durch alle Luken. Wir waren durchnässt bis auf die Haut. Alle zwei Tage gab es etwas Brot und Wasser. Brot? Sie (die Wachleute) nannten es Russenbrot! Es bestand aus Sägemehl, Kastanienmehl und Rübenschnitzeln.“

Nach einigen Tagen Aufenthalt in Berlin erreichte der Transport am 4. Juni 1942 das Sammellager in Soest.

Am 5. Juni wurden Antonia und 10 anderen Frauen mit einem Lkw der Firma Stieglmeyer aus Herford abgeholt und nach Herford gebracht.

Am 23. September 1943 floh Antonia mit einer Freundin. Sie nutzten das Durcheinander eines Fliegeralarms. Antonia wollte ihre jüngeren Schwestern in Frankfurt suchen.

Sie kamen bis Hannover, wurden aufgegriffen und der Gestapo übergeben.

Im November 1943 wurden sie in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück überführt.

Nach schwerer Arbeit in den Siemenshallen, Demütigungen, Peitschenschlägen und Hunger wurde Antonia am 27. April 1945 morgens um 3 Uhr zur Erschießung an eine Grube geführt.

Dann fielen Schüsse.

„Ich dachte, ich sei tot, dann spürte ich, wie Blut an meinen Beinen herunterlief.“

„Ich war nicht in die Grube gefallen, ich lag davor, ich lebte und schleppte mich kriechend davon“, erzählte Antonia.

Die Mörder vergaßen im Chaos der letzten Tage zu prüfen, ob die Opfer auch wirklich tot waren. Es sollten so viele Zeugen wie möglich beseitigt werden.

Am 29. April 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Ravensbrück.

Antonia erhielt als KZ- Überlebende 900,-- DM

Gedicht: Antonias Schreie

Banner 21

Ewiger Frieden

Bestattungen ohne Sarg...

Vandalen, rassistische Vandalen? Wer zerschlug das Mahnmal?
In einem Gräberfeld, überwuchert von Efeu, stand dieser Stein bis 1991. Die Inschrift sagte aus, dass hier fremdländische Opfer der NS - Herrschaft in Herford begraben liegen.

Dieser Grabstein genügte nicht als moralische Wiedergutmachung.

Weil die Nationalsozialisten auch im Grauen gründlich waren, gelang es, anhand von Totenlisten und Sterbeurkunden herauszufinden, dass dort 45 sowjetische und 11 polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beerdigt wurden. Zudem liegen 35 polnische und 10 russische Kriegsgefangene in jeweils einer Kriegsgefangenenparzelle begraben.

Den Mitgliedern der Geschichtswerkstatt von `Arbeit und Leben` gelang es, Namen, Nationalitäten, Todesursachen und besondere Ereignisse zu ermitteln.

Sie stellten einen Antrag an den Rat der Stadt Herford und baten um Anbringung einer Namenstafel, um den Toten ein Stück ihrer Identität zurückzugeben.

Ein Stein kam ins Rollen.

Das gesamte Gräberfeld musste laut Vorgaben der Kriegsgräberfürsorge umgestaltet werden. Aus dem anonymen Gräberfeld wurde ein nach Personen Identifizierbares.

Es fällt auf, dass die meisten Verstorbenen keine dreißig Jahre alt geworden waren. Vor allem zählten Frauen zu den Opfern. Die häufigsten Todesursachen waren Fleckfieber und Lungentuberkulose.

Viele starben aufgrund der menschenverachtenden Bestimmungen.

Hryson Draudafil, Rudolf Rykiet und Iwan Malnitschenko arbeiteten bei Möbel-Wiesinger in der Friedhofstraße. Sie starben am 3. März 1945 bei einem Bombenangriff. Sie durften keine Schutzräume aufsuchen und mussten im Freien Schutz suchen; Aber auch direkte Gewalt brachte einigen den Tod:

Maxim Scheotschuk starb am 3. Dezember 1944 durch einen Kopfschuss. „Auf der Flucht erschossen“ steht in der Todesbescheinigung.

Anastasia Tschesnakowa starb am 30. April 1945 an den Folgen einer Nierenschussverletzung.

Anna Galtschenko erhängte sich mit 21 Jahren am 13. Oktober 1944 beim Bauern Strunk in Schwarzenmoor.

Stepan Toker erhängte sich mit 25 Jahren am 18. Dezember 1944 beim Bauern Oberhaus in Schwarzenmoor.

Janiko Wielpus (zwei Jahre) wurde in einem Güterwaggon auf dem Herforder Bahnhof tot aufgefunden.

Ab Herbst 1941 wurden Bestattungen durch Erlass geregelt. Die Bestattung russischer Kriegsgefangener sollte kostengünstig sein. Es genügte, die Leiche in Öl-,

Teer- oder Asphaltpapier einzuhüllen. Für die Überführung und Bestattung war kein Sarg zu benutzen.

Banner 22 **Rückführung** **„unbekannt verzogen“**

Die Lage der meisten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter am Ende der NS-Herrschaft im Mai 1945 war im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen, deren Status durch die Genfer Konvention rechtlich geregelt war, zunächst äußerst unklar. Das Kriegsende bedeutete die ersehnte Befreiung von jahrelanger Angst, Demütigung und Gewalt, aber auch nach der gewaltsamen Herausnahme aus Schule, Ausbildung und Beruf eine ungesicherte Zukunft.

Wie andere befreite Menschen auch, galten die Zwangsarbeiter als sogenannte DPs (displaced persons), „Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates aufhielten“, eine Gesamtzahl von ca. 10 Millionen Menschen. Die DPs wurden bis zur möglichst raschen Umsiedlung in die Heimatländer in der Regel in nach Nationalitäten getrennten Lagern zusammengefasst.

Die Rückführung geschah grundsätzlich nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Eine Ausnahme bildeten die sowjetischen Zwangsarbeiter, die zur Rückkehr gezwungen wurden. Von Mai bis September 1945 wurden bereits knapp fünf Millionen Personen rückgeführt, davon über 2 Mio. Sowjetbürger und 1,5 Mio. Franzosen. Bis 1950, als die Verwaltung der letzten DP-Lager auf die deutsche Verwaltung überging, war bis auf einen Rest von ca. 100.000 Personen das DP-Problem erledigt.

Während die Kriegsgefangenenlager durch von den Alliierten eingesetzte Kommandeure betreut wurden, waren für die zivilen Zwangsarbeiter im Raum Herford die örtlichen Verwaltungen zuständig. Sie waren damit völlig überfordert. Schon um Ostern 1945, als der Raum Herford schon von den Alliierten eingenommen, der Krieg aber noch nicht offiziell beendet war, schickten die Behörden Tausende sowjetische und polnische Zwangsarbeiter nach Osten auf den Weg. In Meldeunterlagen findet sich oft nur der Hinweis „unbekannt verzogen“.

Mit der Einrichtung der Militärregierung im April und einer neuen örtlichen Verwaltung Anfang Mai 1945 begann ein geordneteres Verfahren. In Herford wurden in kürzester Zeit etwa 12.000 Zwangsarbeiter in 11 Lagern zusammengeführt und teilweise direkt aus den Betriebslagern in das im früheren NS-Arbeitserziehungslager Lahde (bei Minden) eingerichtete Durchgangslager transportiert. Hier waren bis zu 17.000 Menschen gleichzeitig untergebracht.

In der Stadt war die Bürgerschule Wilhelmsplatz bis November 1945 zentrale Erfassungsstelle und Lager. Deutsche Behörden regelten die Nahrungs- und Kleidungsversorgung der Lager, was wiederum zu Versorgungsengpässen für die Deutschen führte und die Menschen gegeneinander aufbrachte. Die schlechte Meinung über die „Fremden“ wurde durch einzelne kriminelle Handlungen früherer Zwangsarbeiter, die von kleineren Diebstählen und Plünderungen bis hin zur Ermordung von Deutschen vor allem im bäuerlichen Bereich reichten, weiter geschürt.

Die sowjetische Armee setzte ab Juni 1945 eigene Offiziere zur Organisation der Rückführung ein, die bei Gegenwehr den Rücktransport zwangsweise durchsetzten. Durch diesen Druck gelang eine fast vollständige Rückführung. Auch die polnischen Zwangsarbeiter kehrten nahezu vollständig zurück.

Im Raum Herford verbliebene Ausländer standen lange Zeit unter Überwachung oder waren in DP-Lagern untergebracht. In den Jahren 1946 und 1949/50 fanden umfangreiche Ermittlung zur vermissten Personen statt. Die Akten dazu lieferten oft erstmals einen Überblick über die Zahl und das Schicksal der Zwangsarbeiter.

Banner 23 **Geschichtswerkstatt** **„Mariupol –Herford und zurück“**

Die Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben von DGB/VHS Herford gehörte zu den ersten Gruppen in Deutschland, die sich mit dem Thema Zwangsarbeit auf lokaler Ebene beschäftigten. Inzwischen gibt es zahlreiche lokale Studien.

Ergebnisse waren u.a.:

Die Ausstellung Zwangsarbeit im Raum Herford 1939-1945. Sie wurde am 1. September 1989, dem Antikriegstag, eröffnet. Die Ausstellung wanderte anschließend durch den gesamten Kreis Herford. Sie wurde pädagogisch begleitet.

Drei Rundfunksendungen, die Radio Herford ausstrahlte:

- Die letzten Wochen im Leben des Ukrainers Efim Gorgol
- 350 Polen 1944/45 zur Zwangsarbeit in Herford-Sundern
- 21 ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine zu Gast in Herford

Drei Bücher:

- Deckname Genofa - Zwangsarbeit im Raum Herford 1939-1945, hg. Von Helga Kohne und Christoph Laue, Bielefeld 1992
- Mariupol - Herford und zurück - Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945, hg. Von Helga Kohne und Christoph Laue, Bielefeld 1995
- Die Vernehmung oder Die bestrafte Liebe der Klawdia B., von Halit Ünal, Bielefeld 1992

Eine Fotodokumentation:

- Ganz nah war die Vergangenheit mit Fotos aus der Zeit der Zwangsarbeit in Herford und der Frauen 50 Jahre später bei ihrem Besuch 1994 in Herford

Eine Videodokumentation:

- Auf den Spuren der Zwangsarbeit im Raum Herford 33 Minuten (1988):

Besondere Höhepunkte der Arbeit waren zwei Besuche:

1989 kamen elf frühere polnische Zwangsarbeiter, die als Lehrlinge einer Berufsfachschule in Pabianice zusammen mit dem Betrieb der Lohmann-Maschinenfabrik nach Hiddenhausen-Sundern zwangsverlagert worden waren. Seit

1992 besteht zudem ein reger Austausch zwischen der Berufsfachschule in Pabianice und dem Herforder Wilhelm-Normann-Berufskolleg.

1994 gelang es nach längeren Vorarbeiten durch den Kontakt zum USBMU (Ukrainischer Verband der ehemaligen minderjährigen Zwangsarbeiter), einen Besuch von 21 früheren ukrainischen Zwangsarbeiterinnen in Herford zu organisieren. Die Geschichtswerkstatt sandte 49 Namen und dazugehörige Unterlagen nach Mariupol, einem Ort, aus dem besonders viele Zwangsarbeiterinnen nach Herford verschleppt worden waren. Bereits 1990 hatte die Stadt Herford beschlossen, eine solche Einladung durch die Errichtung eines kommunalen Fonds zu ermöglichen. Der Bürgermeister warb bei 41 Herforder Firmen, die früher Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, um eine symbolische (finanzielle) Geste der Wiedergutmachung durch Beteiligung an diesem Fonds. Die meisten Angeschriebenen reagierten gar nicht, lediglich das Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg äußerte sich positiv, die Firma Meyer und Schwabedissen drohte sogar mit Rechtsmitteln.

Der Besuch von 21 älteren Frauen (weitere dort ermittelte, aber nicht mehr reisefähige Frauen erhielten aus dem Fonds einen Geldbetrag) fand vom 7. bis 14. Mai 1994 statt und ist umfassend im Buch „Mariupol – Herford und zurück“ dokumentiert.

Gerade durch diesen Besuch erhielten Arbeit und Leben (DGB/VHS) sowie das Kommunalarchiv Herford zahlreiche weitere wichtige Informationen.

Auch in Herford trat neben die historische und politische Beschäftigung die juristische Verfolgung der Zwangsarbeit. Ein Herforder Rechtsanwaltsbüro führte einen Prozess gegen die Fa. Stiegmeyer. Dieser endete mit einem außergerichtlichen Vergleich. Sechs frühere Zwangsarbeiterinnen erhielten jeweils 10.000 DM, lange vor der symbolischen Entschädigung ab 2001.

Banner 24:
Erinnerung, Verantwortung, Zukunft
„eine symbolische materielle Entschädigung“

Nach 1945 wurde im Rahmen der Entschädigung für die Verfolgten des NS-Regimes wurde auch immer wieder eine Lösung für die Zwangsarbeiter in Betracht gezogen, bis schließlich das sogenannte Londoner Schuldenabkommen von 1953 die Frage bis zur „endgültigen Klärung der Reparationsfrage“ zurückstellte. Damit war, bis auf einzelne Wiedergutmachungen durch private Initiativen, die Entschädigung bis 2001 erledigt.

Im Jahr 2001 wurde auf internationalen Druck hin die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" gegründet. Die Wirtschaft und der Bund zahlten jeweils fünf Milliarden D-Mark ein. Damit sollten alle Ansprüche abgegolten werden. Herforder Firmen, die sich am Zwangsarbeitereinsatz von 1939 – 1945 bereichert hatten, beteiligten sich nicht an der Stiftung.

Von 2001 bis 2007 erfolgte durch diese Stiftung und Organisationen in den Herkunftsländern Zahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter. „Arbeit und Leben

(DGB/VHS)“ und das Kommunalarchiv Herford erhielten nun zahlreiche Anfragen zur Bescheinigung von Zwangsarbeit im Raum Herford, die zum größten Teil auf der Grundlage der Auswertung der vorliegenden Quellen positiv beantwortet werden konnten.

Von den geschätzten 10 Millionen Opfern erhielten rund 1,6 Millionen Menschen eine „finanzielle Leistung“ für ihre Zwangsarbeit. Die Stiftung zahlte insgesamt 4,37 Milliarden Euro aus. Zwangsarbeiter und ihre Familien erhielten jeweils bis zu 7500 Euro. Die „symbolische materielle Entschädigung“ endete, als die Antragsfristen für die Opfer abgelaufen waren. Die Arbeit der Stiftung soll aber weitergehen. Die übrigen Mittel von etwa 30 Millionen Euro sollen für humanitäre Projekte für Zwangsarbeiter und zur Erinnerung und Forschung zum Thema Zwangsarbeit verwendet werden.

Die Politik feierte die Aktion als Erfolg - für die Opfer ist das Kapitel aber noch lange nicht abgeschlossen: Sie kämpfen gegen das Vergessen.

Die Einstellung der Zahlungen an NS-Zwangsarbeiter wird von Kritikern als Teil einer Umprägung des historischen Gedächtnisses bewertet. Durch die Erfüllung des Auftrags und die Aufrechterhaltung der „moralischen Verantwortung“ wolle man das Thema aus der Öffentlichkeit entfernen. Dabei gäbe es noch viel zu tun, von der Bearbeitung einer nach wie vor unbekanntem Anzahl von Anträgen bis hin zur Einbeziehung weiterer Opfergruppen, der Neuauswertung bisher nicht ausreichend zugänglicher Archivbestände (wie des Archivs des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen) und insbesondere der Definition der folgenden Erinnerungsarbeit, die nicht zur „verordneten Erinnerung“ verkommen dürfe. In verschiedenen Foren (insbesondere der MAILINGLISTE NS-ZWANGSARBEIT, <http://hclist.de/mailman/listinfo/ns-zwangsarbeit/ns-zwangsarbeit-admin@hclist.de>) und auf Konferenzen und Tagungen wird sich über das Thema weiter intensiv ausgetauscht und auseinandergesetzt.

4. Angaben zur Diaprojektion, Tondokumenten und Inszenierung

Diaprojektion: Gesichter aus den im Stadtarchiv vorliegenden Pässen von Frauen und wenigen Männern mit Namen. Die Pässe mussten bei Aufnahme ins Lager abgegeben werden, sie stammen wahrscheinlich mehrheitlich von freiwilligen Zwangsarbeitern, da die direkt Verschleppten oft keine Papiere bei sich hatten.

Tondokumente: Radiosendungen zum Thema, Erläuterungen liegen bei

Inszenierung:

Verdeutlichung von Kennzeichnung, Arbeitssituation und Lageralltag: Arbeitsjacken mit P und OST Abzeichen, Munitionskiste, Metallspäne (vgl. Banner 11 Nolting), Fotografien von Willi Dümm (die er an die Zwangsarbeiterinnen verschenkte, vgl. Banner 14 Rottmann)